

Wahlen in autoritären Zeiten

Von Karl Kraus stammt der Spruch: Ein Feuilleton schreiben heißt auf einer Glatze Locken drehen. Besonders passend ist das Bonmot im Zusammenhang mit der Nationalratswahl, die, während diese Kolumne verfasst wird, noch bevorsteht, bei deren Lektüre allerdings schon geschlagen sein wird. Was kann in einer Fachzeitschrift für minoritäre Angelegenheiten über die Vorwahlzeit im Österreich des Jahres 2019 geschrieben werden, ohne Binsenweisheiten zu verbreiten oder dass der Kommentar ungewollt komisch oder tragisch wirkt?

Sollte in dieser Kolumne etwa zu lesen sein, dass die FPÖ spätestens seit Jörg Haider's Parteiobmannschaft eine minderheitenfeindliche Politik betreibt? (Gäh!) Oder dass die Kurz-ÖVP neben ihrem Mantra „Migration und Flucht sind eine schädliche Frucht“ gänzlich auf die – im Übrigen furchtbar schlecht gespielte – Opferrolle setzt und auf postfaktische Trübungspolitik durch Fake-News? (Gäh!) Dass die SPÖ es nach wie vor nicht schafft, ihr immer weiter nach rechts schlagendes Pendel zumindest in der Mitte zu halten? (Gäh!) Dass die Grünen das von der Selbsterfleischung übriggebliebene politische und personelle Erbe ungefähr so behandeln, wie Vegetarier_innen eine Tasse Rindfleisch? (Ups!) Dass in diesem altbekannten Tohuwabohu die Menschen- und Minderheitenrechte sowie eine kapitalismuskritische Umweltpolitik dem diffusen, bis zur Politikvergessenheit durchmoralisierten „Klimaschutz durch apokalyptische Empörung“ geopfert werden? (Trauer-Emoji!) Dass die zur Wahl antretenden linken Grüppchen mangels medialer Präsenz (weil sie niemand einlädt) als sektiererische Spielverderber wahrgenommen werden, die zu wählen nur eine verlorene Stimme bedeute (Zorn-Emoji!) Um von den ganzen Hahnen- und Elefantenrunden im Fernsehen ganz zu schweigen, deren Lächerlichkeit durch kein Lientheater unterboten werden kann. (LOL!) ...

Ein Blick in die Wahlprogramme der Parteien genügt, um festzustellen: Für Minderheiten gibt es im wahlkämpfenden Österreich keinen Platz – außer als (instrumentalisierte) Sprachbilder. „Unsere alteingesessenen Volksgruppen“, „Migration muss begrenzt werden“, „Integration vor Zuzug“, „illegale Migration“ etc. Am merkwürdigsten klingt das etwa im Duktus der – derzeit in der oberen Mittelschicht ziemlich beliebten – Österreich-Version einer liberalen Partei: „Nicht jede/r, der/die das möchte, kann uneingeschränkt nach Europa einreisen und hier leben. Es braucht klare Regeln dafür. Parallel gilt es, die Personenfreizügigkeit (Reisefreiheit) innerhalb der Europäischen Union für Unionsbürger_innen zu garantieren. Unkontrollierte Grenzübertritte und Binnenwanderungen von Schutzsuchenden müssen verhindert werden“ (Pläne von A bis Z, Wahlprogramm der NEOS. Stand Juli 2019, S. 50).

Um es noch einmal auf der Zunge zergehen zu lassen: *Schutzsuchende verhindern!* Weltoffen, freiheitsliebend und tolerant – bis man auf Flüchtende stößt!

Manche (etwa die SPÖ) scheinen ihre Liebe für LGBTIQ-Personen entdeckt zu haben – was gut ist, wäre es nur ernstgemeint! Und alle lieben unser Klima, nahezu genauso, wie sie „dieses unser Österreich“ lieben.

Vielleicht war es nie ganz anders, aber heute ist es besonders deutlich geworden: Die Frage lautet nicht mehr, welche Partei die Interessen von minorisierten, diskriminierten sozialen Gruppen am besten vertritt, sondern wer ihnen nach der Wahl *am wenigsten schaden* wird. Vor allem in Sachen Asyl und Migration stellt sich diese Frage derzeit so drastisch wie wohl nie zuvor. Dass fast 16 % der österreichischen Bevölkerung (in Wien sogar über 30 %) wegen fehlender Staatsbürgerschaft an den Wahlen am 29. September nicht teilnehmen dürfen, lässt diesen negativen Befund auch nicht gerade optimistisch erscheinen.

Die Politiktheoretikerin Chantal Mouffe betont, dass Demokratie und Liberalismus keine natürliche Einheit, sondern zwei unterschiedliche Traditionen darstellen, die eine historische Verbindung (Kampf gegen die absolutistischen Regime) zusammenbrachte. Aber ihre grundsätzliche Unvereinbarkeit erzeuge eine Spannung, welche die pluralistische Demokratie lebendig halte. Nun scheint aber die liberale Tradition (gerade in Zeiten des Neoliberalismus) ihre Bedeutung zu verlieren. Darum kann etwa Viktor Orbán die „illiberale Demokratie“ zum Programm erheben oder der PayPal-Mitbegründer und US-Investor Peter Thiel behaupten, Demokratie und Freiheit seien miteinander nicht kompatibel.

Die Zeichen liegen sehr deutlich vor uns: Der Staat wird autoritärer; eine rein auf sprachliche Reglementierung abstellende Gegenpolitik ruft paradoxerweise just autoritäre Maßnahmen herbei; unterdessen wird es zunehmend salonfähig, in öffentlichen Debatten über *bestimmte* Minderheiten (derzeit Migrant_innen und Geflüchtete) offen ablehnend bis rassistisch zu reden und dies zur Staatsräson zu erklären.

Daher gilt das, was wir in diesem Medium seit Anfang der 1990er Jahre immer wieder schreiben, auch und besonders heute: Die Politik der Minderheiten kann nicht auf etatistische Güte und öffentliches Gewissen hoffen. Eine gegenseitige Solidarität der diskriminierten sozialen Gruppen, die *minoritäre Allianz*, ist heute notwendiger denn je. Vor und nach der Wahl.